

Saudi-Arabiens und Irans Regionalpolitik zwischen Ideologie und Pragmatismus

Ellinor Zeino-Mahmalat

Nach dem Sturz des irakischen Regimes 2003 und mit Bekanntwerden des iranischen Atomprogramms 2003 ist Iran als potenzielle atomare Führungsmacht in der Golfregion verstärkt in den Blickpunkt geraten. Verschiedene Sicherheitsbedrohungen wie nukleare Proliferation, Terrorismus und die Frage der US-Militärpräsenz am Golf haben in der Region die Frage nach der Notwendigkeit einer neuen Sicherheitsarchitektur aufgeworfen. Die Amtsübernahme des neuen US-Präsidenten Obama im Januar und die anstehenden Präsidentschaftswahlen in Iran im Juni 2009 eröffnen die Möglichkeit, das Kräftedreieck am Golf zwischen Iran, Saudi-Arabien und den USA neu zu gestalten.

Analyse:

Infolge des Regimewechsels in Irak 2003 zeichnet sich langfristig eine Transformation der Sicherheitsstrukturen am Golf ab, die durch die beiden Regionalmächte am Golf, Saudi-Arabien und Iran, mitbestimmt wird.

- Saudi-Arabien und Iran konkurrieren um die Führung am Persischen Golf und zeigen dabei eine an nationalem Interesse orientierte Außenpolitik.
- Gleichzeitig lässt sich sowohl auf saudischer wie auch auf iranischer Seite eine zunehmende Konfessionalisierung der regionalen Debatte um Sicherheit und nationale Interessen ausmachen, die vor allem für Iran einen neuen politischen Einflussgewinn bedeutet.
- Sowohl Iran als auch Saudi-Arabien diversifizieren ihre ökonomischen und sicherheitspolitischen Beziehungen und bewirken dadurch eine sukzessive Transformation der von den USA entworfenen traditionellen Sicherheitsarchitektur am Golf.

Schlagwörter: Saudisch-iranische Beziehungen, Persischer Golf, Sicherheit, Führungsmacht, Kernwaffen, Schia-Faktor

1. Ringen um die regionale Führerschaft: Die saudisch-iranischen Beziehungen

Die Region des Nahen Ostens ist gegenwärtig dadurch gekennzeichnet, dass sie keine einzelne regionale Führungsmacht aufweist, die in der Lage wäre, das politische Geschehen in der Region zu lenken (vgl. Beck 2008). Mit dem Sturz Saddams Husseins 2003 ist Irak als potenzielle regionale Führungsmacht am Golf entfallen. Die Folge ist ein „neues, künstliches Kräftedreieck“ bestehend aus den USA, Iran und Saudi-Arabien (Fürtig 2007). In dieser neuen Konstellation konkurrieren Iran und Saudi-Arabien um die regionale Führerschaft und sind bemüht, ihre Vormachtstellung durch regionale Verbündete und Koalitionen auszubauen.

Die iranischen und saudischen Hegemoniebestrebungen am Golf zeugen von der langanhaltenden Rivalität beider Staaten um die regionale Führung und um die Definition von Sicherheit am Golf. Obwohl seit Mitte der 1990er Jahre eine substantielle Verbesserung der saudisch-iranischen Beziehungen und der arabisch-iranischen Beziehungen insgesamt zu verzeichnen ist, bleibt das Verhältnis zwischen Iran und dem saudischen Königreich angespannt.

Das gegenseitige Misstrauen beider Staaten speist sich dabei aus langjährigen unterschweligen oder offenen Konflikten und einer religiös-ideologischen Konkurrenz. Mit der Islamischen Revolution 1979 entwickelte sich in Iran ein revolutionäres Regime, das mit dem Export seiner Revolution und der Unterstützung verschiedener terroristischer Gruppen die traditionellen Regime in seiner Nachbarschaft unter Druck setzte. Zählte Iran zuvor unter Schah Mohammed Resa Pahlawi noch zusammen mit Saudi-Arabien im Rahmen der US-amerikanischen „Politik der zwei Säulen“ zu den engsten Verbündeten der USA am Golf, ist die Islamische Republik seither zu einem der vehementesten Gegner der USA und ihrer Verbündeten am Golf aufgestiegen.

Insbesondere in der frühen Phase der Islamischen Republik unter dem Revolutionsführer Ruhollah Khomeini verfolgte Iran eine stark ideologische Außenpolitik. Dabei war der schiitische Gottesstaat bestrebt, dem sunnitisch-wahabistisch geprägten saudischen Regime die religiöse Legitimität und seine besondere religiöse Rolle als „Hüter der Heiligen Stätten Mekka und Medina“ abzuspochen. Verschiedene von Iran aus geplante Aufstände jeweils während der Hauptpilgerzeit

in Mekka in den 1980er Jahren unterstrichen die frühere offensiv-revolutionäre Ausrichtung des iranischen Regimes. Saudi-Arabien und seine sunnitisch geprägten Nachbarstaaten mussten dabei vor allem befürchten, dass die Islamische Republik für die eigenen Bevölkerungsgruppen ein attraktives Gegenmodell zu ihren traditionellen autoritären Herrschaftsformen darstellen könnte.

Doch auch Iran hatte mehrfach Anlass, sich in einer ihm feindlich gesinnten Nachbarschaft bedroht zu fühlen. Im achtjährigen Iran-Irak-Krieg (1980-88) sah sich Iran der irakischen Aggression gegenüber allein gelassen. Während der Westen und die arabischen Nachbarstaaten – mit Ausnahme Syriens – Irak unterstützten und mit Waffen belieferten, musste Iran mit seiner Isolierung in der Region und einem auch gegen ihn gerichteten arabischen Nationalismus zurechtkommen. Der 1981 von arabischen Golfanrainern gegründete Golfkooperationsrat (GCC)¹ war von arabischer Seite aus vor allem als Sicherheitsallianz gegenüber dem iranischen Revolutionsregime ins Leben gerufen worden.

Nach dem für beide Seiten verheerenden Iran-Irak-Krieg schlug Iran einen realpolitischen Kurs einer pragmatisch kalkulierenden Regionalmacht ein und konzentrierte sich in erster Linie darauf, die Kriegsfolgen zu bewältigen. Der Gedanke einer „spirituellen Hegemonie“ (Maloney 2002: 107) trat in dieser Wiederaufbauphase in den Hintergrund.

Mit der Regierungsübernahme des gemäßigten Reformpolitikers Khatami 1997 in Iran verbesserten sich die arabisch-iranischen Beziehungen und führten zur Entspannung zwischen Iran und seiner Nachbarschaft. Ebenso wurden die diplomatischen Beziehungen mit Saudi-Arabien und weiteren GCC-Staaten wieder aufgenommen sowie territoriale Streitigkeiten beigelegt. 2001 fand der erste Besuch eines saudischen Innenministers in Iran seit der Revolution statt. Zu diesem Anlass wurde ein umfangreicher saudisch-iranischer Sicherheitspakt unterzeichnet.

Unter Präsident Ahmadinejad kommt Irans regionaler Führungsanspruch wieder deutlicher zum Ausdruck. Iran möchte als Regionalmacht anerkannt werden, ohne die keine regionale Angelegenheit geregelt werden kann. Das seit Jahren verfolgte iranische Nuklearprogramm, das darauf abzielt, einen vollständigen nuklearen Brennstoff-

¹ Zu den GCC-Staaten zählen Bahrain, Kuwait, Oman, Qatar, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate.

zyklus zu betreiben, unterstreicht dabei Irans Führungsambitionen.

Auch wenn Saudi-Arabien bisher nicht eindeutig bestrebt war, zur Nuklearmacht aufzusteigen, so hält es sich doch im Zweifelsfall die Option offen, ebenfalls nukleare Expertise zu erwerben. Saudi-Arabiens Führungsanspruch zeigt sich jedoch deutlicher auf politischem Gebiet. Mit verschiedenen politischen Initiativen ist es Saudi-Arabien gelungen, seine regionale Rolle zu unterstreichen. So wurde die saudische Initiative für den nahöstlichen Friedensprozess auf dem Gipfel der Arabischen Liga 2002 in Beirut zu einem „arabischen Friedensplan“ aufgewertet. Ebenso kam im Oktober 2008 unter Vermittlung Saudi-Arabiens ein geheimes Treffen zu Friedensgesprächen zwischen Vertretern der Taliban und der afghanischen Regierung in Mekka zustande. Die saudische Initiative zu diesem Geheimgespräch am heiligen Ort Mekka zeigt indes nicht nur Saudi-Arabiens Streben nach einer politischen Führungsrolle in der Region, sondern ebenso das Verlangen, als führende religiöse Autorität in der muslimischen Welt wahrgenommen zu werden.

2. Kernwaffen als regionales Statussymbol oder zur Abschreckung?

Der Wunsch einiger Regionalstaaten nach Nuklearwaffen hat verschiedene Facetten. Zum einen stellen Kernwaffen ein Statussymbol dar, das eine regionale Führungsrolle unterstreichen könnte, zum anderen könnten sie der Abschreckung und Zementierung der eigenen strategischen Autonomie und Unabhängigkeit dienen.

Im Falle Irans spielen verschiedene Erwägungen eine Rolle, die zur Wiederaufnahme des iranischen – offiziell nur zivil ausgerichteten – Atomprogramms unter Präsident Rafsanjani geführt haben. Einerseits spielt der Gedanke der Abschreckung, sei es gegenüber regionalen Rivalen, sei es gegenüber den jüngsten US-Neuordnungsplänen in der Region, eine Rolle, andererseits soll das Atomprogramm dem wirtschaftlich-technologischen Fortschritt und Irans regionalem Status in der Region dienen. In Irans nuklearen Ambitionen mischen sich daher defensive Motive der Abschreckung und offensive Motive der regionalen Einflussweiterung, um nationale Interessen gegenüber den Regionalstaaten und den USA besser behaupten zu können.

Gleichzeitig kommt in der iranischen innenpolitischen Debatte um das Atomprogramm auch eine moralisch-ideologische Komponente zum Ausdruck. In Irans außen- und sicherheitspolitischem Diskurs haben die Begriffe Souveränität und Unabhängigkeit sowie die Frage der internationalen Gleichberechtigung besondere Bedeutung. Iran hat in der Vergangenheit wiederholt Erfahrungen mit externen Eingriffen in seine nationale Souveränität machen müssen, zum Beispiel mit dem von den USA und Großbritannien initiierten Sturz des iranischen Ministerpräsidenten Mossadeq 1953 oder mit dem irakischen Angriff 1980 auf Iran. Insbesondere der irakische Einsatz chemischer Massenvernichtungswaffen im Iran-Irak-Krieg hat Iran dazu bewogen, das bereits in den 1970er Jahren unter dem Schah begonnene und offiziell zivile Atomprogramm wieder aufzunehmen, wohingegen Revolutionsführer Khomeini ein Nuklearprogramm aus religiös-ethischen Gründen zunächst abgelehnt hatte.² Zudem beharrt Iran auf seinem Recht, Nukleartechnologie zivil zu nutzen, und fordert die internationale Gleichbehandlung. Während Staaten mit einem militärisch ausgerichteten Atomprogramm, wie Israel oder Indien, keine internationale Ächtung erfahren haben und Nordkorea nach Bekanntgabe seines Besitzes von Atombomben 2005 kein militärisches Eingreifen der USA befürchten musste, sieht sich Iran von der internationalen Gemeinschaft übermäßig bestraft.

Auch wenn in der iranischen Elite Uneinigkeit darüber besteht, inwiefern das Atomprogramm weiterverfolgt werden soll, so werden in der innenpolitischen Debatte durchgehend die zivilen Absichten Irans betont. Internationale Experten gehen jedoch davon aus, dass Iran – zumindest bis 2003 – auch militärische Ziele mit seinem Nuklearprogramm verfolgt hatte.³ Im US-amerikanischen *National Intelligence Estimate* (NIE) von 2007 wurde festgestellt, dass Iran seit seiner mehr oder weniger kooperativen Zusammenarbeit mit der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEO) seit 2003 sein Atomprogramm ausgesetzt hat. Eine völlige Aufgabe des Urananreicherungsprogramms kann unter der jetzigen iranischen Regierung jedoch

2 Ebenso soll 2004 Ayatollah Khamenei in einer fatwa die Unvereinbarkeit von Islam und Nuklearwaffen bestätigt haben (Perthes 2008: 103-104).

3 Dies allein schon deshalb, weil Irans aufwendiges Schahab-Raketenprogramm nur mit einer nuklearen Komponente zweckmäßig erscheint. Auch Irans Betrieb eines Schwerwasserreaktors in Arak, um eigenständig Uran anreichern zu können, erscheint für rein zivile Zwecke wirtschaftlich nicht sinnvoll.

nicht erwartet werden. Präsident Ahmadinejad betont immer wieder Irans unveräußerliches Recht darauf, Uran eigenständig anzureichern und einen vollständigen Brennstoffkreislauf zu beherrschen. In Irans außenpolitischer Rhetorik wird deutlich, dass der Staat insbesondere von den USA als aufstrebende Regionalmacht wahrgenommen und behandelt werden möchte.

Als Gegenreaktion auf das iranische Nuklearprogramm suggerieren die arabischen Nachbarstaaten vermehrt Interesse an Kernenergie. Von Seiten Saudi-Arabiens gibt es zwar gegenwärtig keine konkreten Anzeichen für ein eigenes Atomprogramm, jedoch stellt der Besitz nuklearer Expertise eine regionale Statusfrage für die arabische Seite dar, nachdem bereits Israel und Iran Nukleartechnologie erworben haben. Es wird daher vermehrt von der Gefahr eines atomaren Wettrüstens in der Region des Nahen und Mittleren Ostens gesprochen. Vor allem Saudi-Arabien als ölreicher und verwundbarer Staat erscheint nach Meinung einiger Experten prädestiniert für ein arabisches Nuklearprogramm. Im Dezember 2006 wurde vom GCC die Gründung eines gemeinsamen Atomforschungsprogramms für wirtschaftliche Zwecke, wie den möglichen Einsatz von Atomenergie zur Meerwasserentsalzung, bekannt gegeben. Das vom GCC vorgeschlagene Programm kann als arabische Antwort auf das iranische Atomprogramm verstanden werden. Die arabischen Staaten, allen voran Saudi-Arabien, fühlen sich von den iranischen Nuklearplänen herausgefordert. Das arabische Bedrohungsgefühl wird auch nicht dadurch aufgehoben, dass Iran trotz aller ideologischen Rhetorik immer noch als rationaler Akteur gilt, der nicht gewillt wäre, mit dem Einsatz von Atomwaffen sein Überleben zu gefährden. Zudem besteht das Risiko, dass ein nuklear bewaffneter Iran das Nichtverbreitungsregime⁴ weiter aushöhlen könnte.

Trotz des möglichen Szenarios eines Wettrüstens zeigen Saudi-Arabien und die arabischen Golfanrainer Interesse daran, eine nuklearwaffenfreie Zone am Persischen Golf durchzusetzen. In den letzten Jahren haben daher die arabischen Golfstaaten stärker gegen das iranische Atomprogramm opponiert und versucht, den Gedanken einer atomwaffenfreien Zone am Persischen Golf zu beleben. Fraglich ist jedoch, ob sich Iran ange-

sichts Israels Nuklearwaffenarsenals auf eine solche Vereinbarung einlassen würde. Als Anreiz hat daher Saudi-Arabien 2007 vorgeschlagen, ein multinationales Unternehmen für Urananreicherung sowie für die Produktion von Brennelementen für den Nahen und Mittleren Osten zu gründen, das unter der Kontrolle der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEO) stehen würde und seinen Sitz in einem Staat außerhalb der Region hätte. Saudi-Arabien vertritt damit die Idee einer multilateralen Zusammenarbeit innerhalb regionaler Joint Ventures, von der alle regionalen Akteure wirtschaftlich und sicherheitspolitisch profitieren könnten.

3. Der Schia-Faktor: Konfessionalisierung der regionalen Politik

Nach dem Sturz des irakischen Regimes 2003 und der Etablierung einer von Schiiten geführten Regierung lässt sich in der Region eine stärkere Konfessionalisierung der politischen Debatte um Sicherheit und nationale Interessen verzeichnen. Irans Einfluss im NachkriegsIrak und seine besondere Verbindung zu schiitischen Bevölkerungsgruppen und Parteien in Irak beunruhigen die sunnitischen Nachbarstaaten zunehmend. Iran pflegt eine enge Bindung an schiitische Parteien und Gruppierungen, so zum Beispiel zum in Iran gegründeten Obersten Irakischen Islamischen Rat (SIIC). Die Miliz des SIIC, die Badr-Organisation, stellt einen Großteil der irakischen Sicherheitskräfte und wurde in Iran ausgebildet. Zudem unterstützt Iran auch radikalere Organisationen in Irak, wie die Bewegung um Muqtada al-Sadr. Irans transnational-konfessionelle Bindungen machen Iran neben den USA zu einem der wichtigsten Akteure in Irak und reichen bis in den Libanon, wo Iran mit Saudi-Arabien, das als Schutzmacht der libanesischen Sunniten fungiert, um politischen Einfluss konkurriert. Auch Irans Unterstützung der schiitischen Hisbollah oder der palästinensischen, radikal-islamischen Organisation Hamas kann in diesem Zusammenhang als politische Einflussnahme Irans über religiös-ideologische Mittel gesehen werden. Iran versteht es insbesondere, über seine strategische Allianz mit Syrien die Hisbollah zu instrumentalisieren und für eigene machtpolitische Zwecke einzusetzen. Die Hisbollah fungiert dabei als Bindeglied zwischen Syrien und Iran. Während das iranische Regime die Hisbollah vor allem finanziell und moralisch unterstützt, bietet Syrien

⁴ Iran ist Mitglied des Non-Proliferation Treaty (NPT). Ein iranisches Atomwaffenprogramm stellt daher eine größere Gefahr für das Nichtverbreitungsregime dar als beispielsweise das indische oder das pakistanische.

der Hisbollah logistische Hilfe und Handlungsfreiheit an. Das Kräfterdreieck Iran–Syrien–Hisbollah stellt dabei ein Gegengewicht zu den sunnitisch geprägten Staaten Ägypten, Jordanien und Saudi-Arabien dar.

Aufgrund der iranischen Einflussnahme auf die schiitischen Bevölkerungsgruppen in Irak wurde in den arabischen und internationalen Medien in den letzten Jahren von einer „schiitischen Bedrohung“ gesprochen. König Abdallah II. von Jordanien hat im Dezember 2004 den Begriff „schiitischer Halbmond“ geprägt, der sich von Iran und Irak nach Syrien und in den Libanon ausdehnen könnte.⁵ Weitere arabische Staatsmänner, wie Ägyptens Präsident Mubarak und der saudische Außenminister Saud al-Faisal, haben Äußerungen über eine mögliche schiitische Bedrohung gemacht. Die arabischen Ängste speisen sich dabei aus der Tatsache, dass die überwiegend sunnitisch regierten Staaten teils bedeutende schiitische Minderheiten in ihrer Bevölkerung aufweisen. In Bahrain stellen die Schiiten mit einem Bevölkerungsanteil von über 60 Prozent die Mehrheit, obwohl das Königreich unter der Herrscherfamilie der Al Khalifa sunnitisch regiert wird. Jemen und Kuwait kommen auf einen schiitischen Bevölkerungsanteil von ca. 30 Prozent, Saudi-Arabien auf einen von 5 bis 10 Prozent (Fürting 2007: 635; Chubin 2006:118). Trotz des vergleichsweise geringen Anteils der Schiiten an der saudischen Bevölkerung sind für das saudische Königreich konfessionelle Konflikte nicht ausgeschlossen. Die schiitischen Gläubigen werden nach der saudischen sunnitisch-wahabitischen Auslegung als Häretiker betrachtet. Zudem bevölkern die saudischen Schiiten vor allem die ölfreiche Ostprovinz und damit den neuralgischen Punkt des saudischen Königreiches. Der saudische König Abdallah hat daher die Institution des „nationalen Dialogs“ geschaffen, der unterschiedliche konfessionelle, religiöse und politische Sichtweisen zusammenbringen soll.

Die saudische Regierung und einige arabische Führungen sind besorgt, dass Iran ihre schiitischen Minderheiten beeinflussen und aufhetzen könnte. Obwohl Iran früher wiederholt dem saudischen Herrscherhaus die religiöse Legitimität abgesprochen hatte, die muslimischen heiligen Stätten in Mekka und Medina zu hüten, betreibt Iran jedoch

⁵ Der jordanische König hat diesen Begriff erstmals in einem Interview mit der Washington Post im Dezember 2004 verwendet.

seit den 1990er Jahren keinen aktiven Export seiner Revolution mehr in das saudische Nachbarland.

Auf Seiten der arabischen Staaten gibt es jedoch keine einheitliche arabische Linie gegenüber Iran. Während vor allem Bahrain und Saudi-Arabien einen schiitischen Expansionismus und eine iranische Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten befürchten, sind Ägypten und Jordanien eher über den iranischen Einfluss in der Palästinenserfrage besorgt. Qatar und die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) fürchten hingegen eine Eskalation zwischen den USA und Iran.

Die Konfessionalisierung der regionalen Politik kann in erster Linie als ein Zugewinn Irans an Macht und Einfluss gedeutet werden. Seit der Beteiligung der Schiiten an der irakischen Regierung konnte das iranische Regime seine regionale Bedeutung und Einflussnahme ausbauen. Dabei setzt Iran nicht nur im Irak seine transnationalen konfessionellen Bindungen strategisch ein. In der gesamten Region hat es Iran verstanden, konfessionelle Loyalitäten und Beziehungen für seine nationalen Interessen zu nutzen. Der Schia-Faktor stellt damit für Iran – neben seinem Atomprogramm – einen politischen Machtfaktor dar (Fürting 2007). Die messianisch-ideologische Ausrichtung des iranischen Regimes mischt sich daher mit einem realpolitischen Pragmatismus, die regionale Führungsrolle auszubauen.

4. Veränderte Sicherheitsstrukturen am Golf

Mit dem Wegfall des irakischen Regimes als Machtfaktor am Persischen Golf ist Iran als aufstrebende Führungsmacht, aber auch als möglicher destabilisierender Faktor ins Blickfeld geraten. Die veränderte Sicherheitslage – mit Bedrohungen wie nuklearer Proliferation, Terrorismus und verstärkter Konfessionalisierung von Konflikten – haben dazu geführt, dass sich die regionalen Sicherheitsstrukturen sukzessive umgebildet haben. Zwar ist die alte, von den USA entworfene Sicherheitsarchitektur am Golf mit einer US-Truppenpräsenz von 20.000 Soldaten noch vorhanden, doch scheinen die GCC-Staaten ihre Sicherheitsbeziehungen zu den USA zu überdenken. Die Sicherheitsinteressen und Bedrohungspereptionen der USA und der GCC-Staaten, auch bezüglich eines Umgangs mit Iran, beginnen stärker zu divergieren. Wurde die Sicherheit der GCC-Staaten bislang über US-Sicherheitsgarantien und bilaterale Verteidigungs-

abkommen mit den USA extern garantiert, wird die Rolle der USA als Sicherheitsgarant für die arabischen Golfstaaten heute von den arabischen Führungen in unterschiedlichem Maße unter Vorbehalt gestellt. Zwar konnten Bahrain und Qatar infolge des Irakkriegs ihre sicherheitspolitische Anbindung an die USA vertiefen, jedoch findet diese Politik beim Großteil der Bevölkerung in den Golfstaaten keinen Rückhalt. Wenngleich die US-amerikanische Rolle als Sicherheitsgarant von den arabischen Führungen am Golf nicht in Frage gestellt wird, könnte die strategische Dominanz der USA in der Golfregion langfristig durch eine stärkere Regionalisierung der Sicherheitsstrukturen und durch den Einfluss weiterer externer Akteure herausgefordert werden (vgl. Beck/Shabafrouz 2007).

Die Grenzen der US-amerikanischen Einflussnahme am Golf werden durch eine Regionalisierung der Sicherheitspolitik deutlich. Die GCC-Staaten definieren ihre Interessen stärker selbst, ohne sich zuvor mit den USA abzusprechen. Insbesondere Saudi-Arabien versucht, wie oben erwähnt, über verschiedene politische Initiativen seine Rolle als eigenständige Regionalmacht hervorzuheben.

In den 1990er Jahren bemühten sich die GCC-Staaten sowie Ägypten und Syrien, eigene Verteidigungskapazitäten und eine regionale Sicherheitsarchitektur zu schaffen, die ohne externen Beistand Sicherheit und Stabilität garantieren könnten. Auch wenn die Vorhaben nicht über vage Erklärungen hinausgehen, drücken sie dennoch den Wunsch nach regionaler Eigenständigkeit aus. Ebenso hatte Iran seinen arabischen Nachbarstaaten Kooperationsmöglichkeiten im Sicherheitsbereich angeboten, um die US-Containment-Politik zu umgehen und alternative Sicherheitsstrukturen aufzubauen. Nach dem Zweiten Golfkrieg betonte Iran daher gegenüber den GCC-Staaten die Bedeutung von „*self-reliance*“ und „*Gulfanization*“ für die regionale Sicherheitsarchitektur (Fürting 2007: 630). Bisher ist Iran jedoch an keinem regionalen Sicherheitsarrangement beteiligt und hätte höchstens Aussicht auf einen Beobachterstatus im GCC wie bereits 1990. Für eine stärkere regionale Einbindung am Golf müsste die iranische Führung zunächst ihre Beziehung zu den USA verbessern und ihren Territorialstreit mit den VAE⁶ beilegen. Iran

⁶ Zwischen Iran und den VAE besteht weiterhin ein Territorialstreit um die vor der Straße von Hormuz liegenden Abu-Musa-Inseln sowie um die beiden Tunb-Inseln. Die Inseln sind vor allem aufgrund ihrer geostrategischen Lage und angrenzender Offshore-Ölfelder von Bedeutung.

versucht daher, beispielsweise über das Bemühen um eine Vollmitgliedschaft in der *Shanghai Cooperation Organization* (SCO), alternative Sicherheitsbeziehungen außerhalb der Region aufzubauen.⁷

Die schleichende Transformation der Sicherheitsstrukturen am Golf wird außerdem von einer stärkeren Internationalisierung der Golfregion begleitet. Die wachsende internationale Bedeutung der Golfregion, in der gut 60 Prozent der Weltölvorräte lagern und die für 30 Prozent der Weltölproduktion aufkommt, eröffnet den Regionalstaaten neue ökonomische und sicherheitspolitische Optionen. Insbesondere asiatische Staaten wie China und Indien kommen als neue externe Partner neben den USA in Frage. Bereits zwei Drittel der Öl- und Gasexporte der Golfstaaten gehen nach Asien. Die Golfstaaten können dadurch ihre ökonomischen und sicherheitspolitischen Beziehungen diversifizieren und sich von den USA unabhängiger machen. Dass der saudische König Abdallah auf seiner ersten Überseeereise 2006 die asiatischen Länder China, Indien, Malaysia und Pakistan besuchte, verdeutlicht einen „strategischen Wandel“ in der saudischen Außenpolitik (Koch 2007: 15). Während der Reise schloss Abdallah zudem in der Erklärung von Delhi eine strategische Partnerschaft mit Indien, die ökonomische, energie- und sicherheitspolitische Themen umfasst.

Auch Iran ist bemüht seine ökonomischen und sicherheitspolitischen Beziehungen zu diversifizieren, um die US-Sanktionspolitik zu umgehen und seine außenpolitische Handlungsfreiheit zu erweitern. Dabei orientiert sich Iran einerseits Richtung Asien (vor allem China und Indien) und versucht andererseits mit lateinamerikanischen und afrikanischen Staaten wie Venezuela, Bolivien, Kuba, Nicaragua oder Simbabwe eine anti-amerikanische, „blockfreie“ Allianz aufzubauen. Die enge Zusammenarbeit zwischen Iran und Venezuela, zwei der größten Ölproduzenten innerhalb der OPEC, beruht vor allem auf der gemeinsamen anti-amerikanischen Weltsicht der Staatspräsidenten Chávez und Ahmadinejad.

Auf Seiten der arabischen Golfstaaten geht der Einfluss neuer internationaler Akteure insbesondere aus Asien mit dem Wunsch einher, die nationale Sicherheit langfristig nicht mehr ausschließlich von den USA garantieren zu lassen, sondern stattdessen multilaterale Lösungen zu suchen. Ebenso

⁷ Iran hat bisher nur einen Beobachterstatus in der 2001 von China, Russland und zentralasiatischen Staaten gegründeten SCO.

wurde deutlich, dass eine Regionalisierung der Sicherheitsbeziehungen angestrebt wird. Der stärkeren Regionalisierung der Sicherheitsstrukturen stehen jedoch nach wie vor etliche Hindernisse entgegen. Dazu zählen territoriale Streitigkeiten zwischen Iran und den GCC-Staaten sowie innerhalb des GCC, gegenseitiges Misstrauen zwischen Iran und seinen arabischen Nachbarn sowie zwischen kleinen und großen GCC-Staaten und unterschiedliche Haltungen zu den USA als externe Ordnungsmacht.

5. Fazit

Der Sturz des irakischen Regimes 2003 und der anhaltende Konflikt um das iranische Atomprogramm haben die Frage um die regionale Sicherheit am Golf neu aufgeworfen. Die beiden Regionalmächte am Golf, Iran und Saudi-Arabien, bestimmen dabei maßgeblich den Entwurf einer künftigen Sicherheitsarchitektur mit. Die Rivalität beider Staaten um die Vorherrschaft in der Golfregion offenbart sich nicht nur in der Diskussion um nukleare Proliferation, sondern auch in der zunehmenden Konfessionalisierung der sicherheitspolitischen Debatten. Beide Staaten zeigen eine an nationalem Interesse orientierte Außenpolitik und streben jeweils nach einer stärkeren regionalpolitischen Bedeutung. Der iranischen Atompolitik und der strategischen Nutzung konfessioneller Loyalitäten in der Region liegen daher trotz ideologischer Rhetorik seitens der iranischen Führung eine rationale und interessenorientierte Strategie zugrunde.

Für die künftige Sicherheitsarchitektur am Golf muss einerseits geklärt werden, wie mit Iran umgegangen werden soll. Die arabischen Golfanrainer zeigen hier die Bereitschaft zu multilateralen Lösungen und möchten zugleich eine antiiranische Allianz mit den USA vermeiden. Obwohl die Staaten des GCC den iranischen Nachbarn vermehrt als Bedrohung wahrnehmen, ist den arabischen Golfstaaten bewusst, dass regionale Stabilität ohne Einbindung Irans oder gegen Iran kaum möglich sein wird.

Andererseits stellt sich für die Regionalstaaten die Frage, welche Rolle externe Akteure, zum Beispiel die USA, künftig in der Region spielen sollen. Trotz unterschiedlicher Beziehungen zu den USA zeigen sowohl Iran als auch die arabischen Golfstaaten den Wunsch nach mehr regionaler Eigenständigkeit bzw. nach größerer Unabhängigkeit von

US-amerikanischem Einfluss. Der weiteren Regionalisierung der Sicherheitsstrukturen stehen bislang allerdings verschiedene Hindernisse, wie Territorialstreitigkeiten, gegenseitiges Misstrauen und Rivalitäten, im Weg. Die von allen Golfstaaten betriebene Diversifizierung ihrer ökonomischen und sicherheitspolitischen Beziehungen und das Knüpfen neuer strategischer Partnerschaften insbesondere in Asien künden von dem Wunsch nach neuen multilateralen Lösungen und nach der Vermeidung einseitiger außenpolitischer Abhängigkeiten. Die außenpolitische Neuorientierung und die Erweiterung der strategischen Beziehungen werden jedoch die USA als regionale Ordnungsmacht und Sicherheitsgarant der arabischen Golfstaaten vorerst nicht ersetzen, sondern verweisen eher auf eine sukzessive und langfristige Transformation der sicherheitspolitischen Strukturen am Golf.

Literatur

- Chubin, Shahram (2006): *Iran's Nuclear Ambitions*, Washington, D. C.
- Koch, Christian (2007): *The Changing International Relations of the Gulf Region*, in: *Orient IV/2007*, S. 4-16.
- Maloney, Suzanne (2002): *Identity and Change in Iran's Foreign Policy*, in: Telhami, Shibley/Barnett, Michael (Hg.): *Identity and Foreign Policy in the Middle East*, Ithaca, S. 88-116.
- Perthes, Volker (2008): *Iran – Eine politische Herausforderung*, Frankfurt am Main.
- Peterson, J. E. (2002): *Saudi Arabia and the Illusion of Security*, New York.
- Zeino-Mahmalat, Ellinor (2006): *Hegemonie ohne Gefolgschaft? Die Neuordnung der Regierung Bush jr. im Nahen und Mittleren Osten zwischen regionaler Machtbalance und hegemonialer Stabilität*, Berlin.

■ Die Autorin

Ellinor Zeino-Mahmalat M.A. ist Doktorandin im Fach Politikwissenschaft am GIGA Institut für Nahost-Studien (IMES) und an der Universität Hamburg.

E-Mail: zeino@giga-hamburg.de, Website: <http://staff.giga-hamburg.de/zeino>.

■ GIGA-Forschung zum Thema

Im Rahmen des FSP 2 „Gewalt, Macht und Sicherheit“ wird zur Rolle regionaler Führungsmächte geforscht. Darunter fällt das gegenwärtige Forschungsprojekt „Neue regionale Führungsmächte“ als eines der zentralen Projekte des GIGA.

■ GIGA-Publikationen zum Thema

Beck, Martin (2008): Regional Politics in a Highly Fragmented Region: Israel's Middle East Policies, GIGA Working Paper, Nr. 89.

Beck, Martin/Shabafrouz, Miriam (2007): Iran – gewichtiger Gegenspieler westlicher Interessen, GIGA Focus Nahost, Nr. 10.

Fürtig, Henner (2007): Conflict and Cooperation in the Persian Gulf: The Interregional Order and US Policy, in: Middle East Journal, Vol. 64, No. 4, S. 627-640.

Fürtig, Henner (2006): Iran's Rivalry with Saudi Arabia between the Gulf Wars, Reading (überarbeitete Paperback-Ausgabe).

Fürtig, Henner (2006): Zurück zu Khomeini? Ahmadinejads antiisraelische Rhetorik zwischen Politik und Propaganda, GIGA Focus Nahost, Nr. 11.

Zeino-Mahmalat, Ellinor (2008): Gain Seeking in a „Double Security Dilemma“: The Case of OPEC, GIGA Working Paper, Nr. 71.



Der GIGA *Focus* ist eine Open-Access-Publikation. Sie kann kostenfrei im Netz gelesen und heruntergeladen werden <www.giga-hamburg.de/giga-focus> und darf gemäß den Bedingungen der *Creative Commons-Lizenz Attribution No-Derivative Works 3.0* <<http://creativecommons.org/licenses/by-nd/3.0/de/deed.en>> frei vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden. Dies umfasst insbesondere: korrekte Angabe der Erstveröffentlichung als GIGA *Focus*, keine Bearbeitung oder Kürzung.



Das **GIGA German Institute of Global and Area Studies** – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost und zu globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. Der GIGA *Focus* Nahost wird vom GIGA Institut für Nahost-Studien redaktionell gestaltet. Die vertretenen Auffassungen stellen die der Autoren und nicht unbedingt die des Instituts dar. Die Autoren sind für den Inhalt ihrer Beiträge verantwortlich. Irrtümer und Auslassungen bleiben vorbehalten. Das GIGA und die Autoren haften nicht für Richtigkeit und Vollständigkeit oder für Konsequenzen, die sich aus der Nutzung der bereitgestellten Informationen ergeben. Wurde in den Texten für Personen und Funktionen die männliche Form gewählt, ist die weibliche Form stets mitgedacht.

Redaktion: Martin Beck; Gesamtverantwortlicher der Reihe: Andreas Mehler; Lektorat: Vera Rathje
Kontakt: <giga-focus@giga-hamburg.de>; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

G I G A *Focus*
German  Institute of Global and Area Studies
Institut für Nahost-Studien

IMPRESSUM